Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstrasse 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Feiertags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 334. **Montag** den 3. Juli 1893. 87. Jahrgang.

Bestellungen auf

Reiseabonnements

nimmt entgegen und führt für jede beliebige Zeitdauer aus
die Expedition des Leipziger Tageblattes,
Johannisgasse 8.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf frühere Bekanntmachungen und unter Hinweis auf die großen Vortheile und Annehmlichkeiten, die namentlich in der heißen Jahreszeit die Gasfeuerung gewährt, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß wir Gaskochherde neuester und bester Construction beschafft haben und solche in unserer in den Erdgeschoßräumen des Grundstücks **Kurprinzstraße Nr. 14 (Ecke der Kurprinz- und Brüderstraße neben der Markthalle)** befindlichen Ausstellung täglich und wiederholt überlassen.

Der Kaufpreis eines Gaskochherdes beträgt je nach Größe und Art, ausschließlich der Kosten für Verbindung mit der Gasanlage und für einen etwa erforderlichen Gasmesser, 70 bis 350 ℳ; für Miethe werden monatlich 75 ₰ bis 4 ℳ berechnet. Bei späterem käuflichen Erwerbe eines erforderlich nur gemietheten Herdes wird die Hälfte der gezahlten Miethe auf den Kaufpreis angerechnet.

Wegen weiterer Auskünfte wolle man sich in unsere obenbezeichneten Ausstellungsräume wenden.

Auch können dort an den Wochentagen während der Geschäftsstunden unentgeltlich Besichtigungen vorgenommen werden; ferner finden dort an allen Mittwochnachmittagen öffentliche Vorführungen der verschiedenen Gasfeuer-Apparate im Betriebe statt.

Leipzig, 26. Juni 1893.

Des Raths der Stadt Leipzig Deputation zu den Gasanstalten.

Offene Schutzmannsstelle.

Bei der hiesigen Gemeinde ist am 1. August 1893 eine mit Pensionsberechtigung verbundene Schutzmannsstelle neu zu besetzen. Gehalt 800 ℳ, Kleidungsgeld 80 ℳ jährlich.

Geeignete Bewerber, welche gediente Militairs sein und als solche mindestens Unterofficierrang erlangt haben müssen, wollen Gesuche mit Zeugnissen **in Abschrift**
längstens am 8. Juli d. J.
hier einreichen.

Reudnitz, am 30. Juni 1893.

Der Gemeindevorstand.
Th. Uhlig.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 2. Juli.

Das Ansehen des aufgelösten **Reichstages** ist, von dem widerwärtigen Ahlwardtscandalen abgesehen, durch nichts schwerer geschädigt worden, als durch die dauernde Beschlußunfähigkeit, die immer wieder und wieder, allen Bitten des Präsidenten, allen Ermahnungen der Presse zum Trotz, festgestellt werden mußte. Diese beschämenden Erfahrungen der letzten Session rufen die Befürchtung wach, daß der Jahreszeit wegen auch die Mitglieder des neuen Reichstages nicht in erwünschter und gebotener Vollzähligkeit an den Sitzungen theilnehmen werden. Die „Nationalliberale Correspondenz" richtet daher an die nationalliberalen Abgeordneten die dringende **Mahnung**, Mann für Mann am Platze zu sein. Das genannte Organ schreibt: „Es ist die ungelegenste Zeit des Jahres, in welche diese Tagung fällt; Dispositionen über den Sommer, die vielleicht schon lange getroffen waren, werden auf das Unliebsamste durchkreuzt. Da liegt die Gefahr nahe, daß der Eine oder Andere sich vor sich selbst mit der Erwägung entschuldigt, daß es auf seine Person nicht gerade ankommen werde, zumal ja das Zustandekommen der Militairvorlage gesichert sei. Das Letztere ist indeß, buchstäblich genommen, noch keineswegs der Fall. Nur wenn die Freunde der Vorlage ohne Ausnahme beisammen sind, kann man mit guter Zuversicht der Entscheidung entgegensehen. Es handelt sich aber auch nicht allein um die Militairvorlage. Daß die Frage der Kostendeckung — so allgemein man über die Unmöglichkeit, dieselbe in dieser Sommersession zu lösen, einverstanden sein mag — in den bevorstehenden Debatten nicht unerwähnt bleiben wird, ist vorauszusehen; zumal der Nachtragsetat, durch welchen die Deckung für das erste halbe Jahr, vom 1. October 1893 bis 31. März 1894, im Wege der Matricularbeiträge vorgesehen werden soll, wird zum Mindesten von der Opposition zu einer eingehenden Beleuchtung des ganzen Finanzproblems benutzt werden. Nach officiösen Andeutungen scheint es jedoch, als ob auch die Reichsregierung eine derartige Erörterung wünschte, um dadurch einen einigermaßen sicheren Anhalt für die Aussichten ihrer demnächst einzubringenden concreten Vorschläge zu gewinnen. Ob die Discussion ein solches praktisches Ergebniß im gegenwärtigen Augenblicke bereits haben könnte, wird ganz von dem Vorgehen der Regierung abhängen. Giebt dieselbe, etwa in der Thronrede, die allgemeine Richtung bekannt, welche sie ihren Finanzvorschlägen zu geben gedenkt, so ist der Reichstag sehr wohl in der Lage, dazu Stellung zu nehmen. Kommt es aber zu einer ernsten Erörterung der Deckungsfrage, so werden namentlich die Fractionen höchst bedeutungsvolle Verhandlungen über dieselbe zu führen haben, und es ist auch deswegen die vollzählige Anwesenheit aller Mitglieder dringend erforderlich."

Im **italienischen** Senat erklärte am 30. Juni am Schluß der Militairdebatte der Conservative Cavallotto, wie bereits telegraphisch kurz gemeldet, daß Italien schon um seiner selbst willen treu am Dreibund festhalten müsse, sonst wäre Italien im Kriegsfalle verloren und würde von der französischen Uebermacht überwältigt werden. Darauf erhob sich der Minister des Aeußern, Brin, um die formelle Erklärung abzugeben, die zum Dreibund gehörigen andern beiden Mächte hätten noch niemals Vorstellungen darüber gemacht, daß etwa Italien seinen Verpflichtungen nicht nachkomme und zu wenig für seine Armee aufwende. Italien werde stets die Bundestreue halten, wie es auch im Jahre 1866 Preußen gegenüber durchaus loyal gehandelt habe. Der frühere Kriegsminister, General Mezzacapo, verlangte sodann eine Erhöhung des Heeresbudgets; denn binnen verhältnißmäßig kurzer Zeit müsse eine Million neuer Gewehre fertig sein; die Soldaten hätten kein Vertrauen mehr zu den alten Gewehren. Ebenso stehe wahrscheinlich die Nothwendigkeit bevor, die bisherigen Geschütze durch Schnellfeuergeschütze zu ersetzen. Wenn ein Krieg ausbreche, müsse Italien siegreich aus demselben hervorgehen. Nachdem noch der Senator Ciala betont hatte, daß Niemand das Recht habe, an der Loyalität und Bundestreue Italiens zu zweifeln, erklärte der Kriegsminister Pelloux formell für das ganze Land, was mit den gegenwärtig vorhandenen Mitteln geschehen könne, geschehe im vollsten Maße. Die militairische Lage des Landes sei vorzüglich und verdiene durchaus Vertrauen. Nach diesen Auslassungen nahm der Senat das Kriegsbudget an. Der Senat erklärte sich durch diese ministeriellen Ausführungen befriedigt. Das Gleiche gilt von der Deputirtenkammer, welche in einer anderen für Italien ebenfalls hochwichtigen Frage, in der auf die Neugestaltung der Emissionsbanken, am 1. Juli dem Cabinet mit großer Stimmenmehrheit ein Vertrauensvotum ertheilte. Nach achttägiger Debatte ward von der Kammer die Berathung der zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Reorganisation der Emissionsbanken, eingebrachten Tagesordnung geschlossen, um zur Berathung der einzelnen Artikel überzugehen. Damiani beantragte einfache Tagesordnung. Der Ministerpräsident Giolitti wies den Antrag zurück und stellte die Vertrauensfrage. In namentlicher Abstimmung wurde hierauf die Tagesordnung Damiani's mit 235 gegen 129 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt und beschlossen, zur Berathung der einzelnen Artikel überzugehen. Die Sitzung ward sodann aufgehoben.

Telegraphischen Nachrichten aus Lemberg zufolge sind in **Russisch-Polen** in den letzten Tagen wieder eine Anzahl polnischer römisch-katholischer Geistlicher verhaftet worden und zwar unter der schwerwiegenden Anklage, Hochverrath begangen oder doch die einleitenden Schritte dazu unternommen zu haben. Die Geistlichen werden beschuldigt, einen politischen, gegen die jetzige Regierungsform im Weichselgebiete gerichteten Geheimbund gebildet zu haben. Die Untersuchung wird auch gegen den Rector der geistlichen Akademie in Petersburg, Weihbischof Simon, und gegen die Professoren dieser Akademie, Cieplak und Pranajtis, geführt. Weihbischof Simon wurde in seiner Wohnung einem dreistündigen Verhöre unterzogen. Man hielt ihm vor, daß er sich geäußert, es gäbe am polnischen Horizonte keinen einzigen hellen Punct. Bischof Simon erklärte jedoch, daß ein polnisch abgefaßter Brief ins Russische falsch übersetzt worden sei. Von einer Verhaftung Simon's und der erwähnten beiden Professoren scheint man vorläufig noch Abstand genommen zu haben. Die katholischen Geistlichen Polens indeß werden wohl das Schicksal so mancher ihrer unglücklichen evangelischen Collegen in den Ostseeprovinzen theilen, welche um eines viel geringeren Fehls willen mit Amtsentsetzung und Gefängniß bestraft worden sind. Und in Rußland macht man trotz aller Liebeswerbungen um die Freundschaft des Vaticans mit römisch-katholischen Geistlichen, wenn man auch nur den geringsten Verdacht hat, als wollten sie etwas gegen Rußland unternehmen, ebenso wenig Federlesens als mit evangelischen.

Als Zar Alexander II. im Jahre 1878 die **Bulgaren** aus jahrhundertelanger Knechtschaft befreite, da hätte er es sich wohl nicht träumen lassen, daß dies Volk so bald sich der Segnungen der Freiheit würdig zeigen würde und den Versuch machen könnte, seine Freiheit nicht nur gegen die Türken, sondern auch gegen die Russen selber, die „Befreier", zu behaupten. Und doch ist das Unerwartete längst eingetreten, und der gegenwärtige Zar Alexander III. würde sich vermuthlich damit als mit einer Thatsache bereits abgefunden haben, wenn er nicht immer wieder bisher durch die Panslawisten hinsichtlich der Gesinnung des Bulgarenvolkes gegen Rußland getäuscht und — sagen wir es rund heraus — betrogen worden wäre. Man hat es in Rußland dem gegenwärtigen Zaren so oft und gründlich vorgelogen, wie die Bulgaren eigentlich nichts mehr ersehnten, als die glücklich abgeschüttelte, immerhin noch erträgliche Türkenherrschaft mit der russischen — Knute zu vertauschen, daß der Zaar schließlich selbst daran glauben mochte. Die Bulgaren haben aber durch die That schon oft genug bewiesen, daß sie sich nach dieser Knute nicht im Mindesten sehnen und daß sie keinen anderen Wunsch haben, als den, die einmal errungene Freiheit auch fernerhin ungestört zu genießen, und nachdem, Dank dem russischen Rubel, ihr erster Fürst Alexander ihnen entrissen worden, möglichst lange unter dem Scepter des zweiten Fürsten, des Coburgers Ferdinand, sich ihrer ziemlich weitgehenden Selbstständigkeit in Ruhe und Frieden zu erfreuen. Das hat sich erst neuerdings gezeigt, als selbst verschworene bisherige Anhänger Rußlands trotz aller Abneigung gegen Stambulow sich mit den bestehenden Verhältnissen wenigstens insoweit aussöhnten, als auch sie sich in die Große Sobranje wählen ließen und sich willens zeigten, am Ausbau der bulgarischen Verfassung in einem Sinne mitzuwirken, wie er Rußland jedenfalls nicht genehm ist. Nun haben all diese bisherigen Oppositionellen sich zu einer neuen Oppositionspartei vereinigt, welche zwar nicht mit allen Maßnahmen Stambulow's einverstanden ist, aber trotz Rußland für die Selbstständigkeit Bulgariens unter dem den Russen so verhaßten, weil bei den Bulgaren so beliebten „Coburger" energisch eintritt, was dem Zaren jedenfalls zu denken geben sollte. Die Hauptpersonen dieser neuen Partei sind die früheren Minister Radoslawow, Tontschew, Stranski und wahrscheinlich auch Natschewitsch. Ihr Programm ist in Kürze folgendes: Ausbau der nationalen Entwickelung Bulgariens unter dem Fürsten Ferdinand, Beseitigung aller der Maßregeln, die sich nicht mit der Verfassung des Landes decken, in erster Linie Aufhebung der staatlichen Censur, der Verletzung des Briefgeheimnisses, der zwangsweise angeordneten Internirung und Ausweisung, der Beeinflussung der Wahlen durch die Regierung und ihre Beamten. Das Wichtigste ist jedenfalls der Umstand, daß eine Opposition gegen den Fürsten thatsächlich nicht besteht und daß auch die Reue der „Russenfreunde" abgedankt haben. Das Programm der vereinigten Opposition hat auch den Vorzug, daß es genau mit dem Programm der Regierung übereinstimmt. Der Wunsch, genau nach der Verfassung zu regieren, ist auch bei Stambulow sehr rege; die Umstände brachten es indessen mit sich, daß kleine Abweichungen sich im Interesse des Ganzen als nothwendig erwiesen. Ob das dem Lande gegenüber ein Fehler war, ist schwer zu entscheiden; die Herren von der Opposition hätten es in Stambulow's Lage wahrscheinlich ebenso gemacht. Ein bedeutender Erfolg gegen Stambulow ist von der neuen Richtung nicht zu erwarten. Für die russische Politik aber bedeutet diese bulgarische Opposition einen entschiedenen Mißerfolg.

Zwischen den Franzosen und Engländern auf der Insel **Zanzibar** ist eine eigenartige Streitfrage aufgeworfen worden, welche möglicher Weise noch zu manchen diplomatischen Weiterungen führt. Die Franzosen beschweren sich nämlich bitter darüber, daß die englischen Behörden in Zanzibar gegen die französischen Schutzgenossen auf der Insel in einer Weise vorgingen, welche den ihnen zustehenden Rechten in Bezug auf die Durchsuchung von Schiffen mit französischer Flagge widersprächen. Die Franzosen behaupten, als eine unter französischer Flagge segelnde Sclavenbark aufgegriffen und in Gegenwart des Kanzlers des französischen Consulats entladen worden sei, hätten englische Matrosen, mit dem Revolver in der Hand, dabeigestanden. Am nächsten Tage hätten die englischen Behörden, die einem neuen Sclaventransport auf der Spur zu sein glaubten, in den Wohnungen mehrerer französischer Schutzgenossen Haussuchungen, indessen ohne ein Ergebniß, abgehalten. Allerdings habe man sich dem französischen Consul gegenüber entschuldigt, aber dieser habe bei der Regierung zu Zanzibar einen formellen Protest eingereicht. Welche Wirkung derselbe haben wird, wird abzuwarten sein. Die ganze Streitigkeit geht hervor aus dem Verhalten Frankreichs zur Sclavenfrage überhaupt. Frankreich hat sich von allen anderen Mächten ausgeschlossen und gewährt allein den Kriegsschiffen anderer Mächte nicht das Recht, die unter französischer Flagge in jenen Gewässern segelnden Schiffe zu untersuchen. Die Festhaltung an dieser alten Sonderstellung hätte bekanntlich beinahe die Brüsseler Conferenz in Frage gestellt. Die Folge ist natürlich, daß die Sclavenhändler darauf ausgehen, das Recht zur Führung der französischen Flagge zu erlangen, und der Sclavenhandel zur See geht daher in seinem wesentlichen Umfange über das französische Madagaskar. Die Ausfuhr von Sclaven aus dem afrikanischen Continent hat in dieser französischen Maroette den stärksten Halt, und es ist erklärlich, wenn auf den englischen Kriegsschiffen in jenen Gewässern keine gute Stimmung gegen die Franzosen herrscht. In den Küstengewässern, wo die Bestimmungen der Acte nicht gelten, nimmt man keine Rücksichten und stellt auch auf französischen Schiffen, die verdächtig sind, Untersuchungen an. Wenn nun bei solchen Gelegenheiten auch die französischen Consuln sich entgegenkommend erweisen und allen Anforderungen der Brüsseler Acte nachkommen, so will das wenig bedeuten gegenüber der thatsächlichen Unterstützung, welche der Sclavenhandel mittelst der französischen Flagge erfährt, und es wäre wirklich zu wünschen, daß diesem Treiben baldigst ein Ende gemacht würde.

Deutsches Reich.

‡‡ **Berlin**, 2. Juli. Die Möglichkeit einer Cholera-Invasion besteht für Deutschland in höherem Maße von Osten als von Westen her. An sich mag ja nicht bestritten werden, daß die Einschleppung lebens- und entwickelungsfähiger Krankheitskeime von der Richtung unabhängig erfolgen kann, indessen scheint die Geschichte der bisherigen Cholera-einbrüche in deutsches Gebiet darzuthun, daß die hauptsächlichste Gefahr für uns jenseits der Ostgrenze liegt. Es darf deshalb als ein tröstliches Zeichen gelten, daß das europäische Rußland in diesem Jahre bisher von der Cholera leidlich verschont geblieben ist. Wenigstens gestatten alle aus Rußland eingegangenen Berichte die Annahme, daß der dortige Volksgesundheitszustand gegen das vorige Jahr erheblich günstiger ist und daß, wenn auch der Cholera daselbst die Ueberwinterung gelungen, ihre gelegentlichen Erscheinungsformen sowohl an Intensität als an Extensität mit dem Vorjahre durchaus nicht verglichen werden können. Immerhin berechtigt diese Wahrnehmung keineswegs zu einer sorgloseren Auffassung der Gegenwart und noch weniger der Zukunft. Denn gerade die unmittelbar an Deutschland grenzenden russischen Landestheile gestatten der Krankheit im Falle eines plötzlichen allgemeineren Aufflebens raschste Verbreitung und Fortpflanzung längs der zahlreichen Verkehrsstraßen zu Wasser und zu Lande ohne Unterbrechung bis tief in deutsches Gebiet hinein. Dann muß vor Allem auch noch betont werden, daß die erfahrungsmäßig „beste Saison" für die Cholera uns erst noch bevorsteht. Ende Juni oder Anfang Juli vorigen Jahres hatte die Seuche kaum erst den Rand des Kaspischen Meeres überschritten, und doch erlebten wir in der zweiten Hälfte des Sommers die Hamburger Schreckenstage. Die eigentlich kritische Periode steht uns also noch bevor.

△ **Berlin**, 2. Juli. Durch die im Laufe der Jahre zahlreich eingetretenen Besitzveränderungen ist das bisherige Verzeichniß des als Eigenthum des deutschen Reichs festgestellten Grundbesitzes in seiner Uebersichtlichkeit wesentlich verringert worden, so daß sich die Nothwendigkeit einer Neuaufstellung ergeben hat. Unter dem 1. October 1892 hat die Aufnahme der im Besitze des Reichs befindlichen Grundstücke stattgefunden, und es wird das neue Verzeichniß dem Reichstage alsbald zur Kenntnißnahme vorgelegt werden. Dasselbe besteht aus zwei Abtheilungen, von welchen die eine die aus dem Eigenthum der einzelnen Bundesstaaten in das Eigenthum des Reichs übergegangenen Grundstücke aufführt, während die zweite Abtheilung die durch specielle Rechtstitel erworbenen, sowie diejenigen Grundstücke nachweist, welche das Reich von dem vormaligen norddeutschen Bunde überkommen hat.

* **Berlin**, 2. Juli. Der frühere Reichstagsabgeordnete Stöcker sprach kürzlich in Marten's Salon über die Wahl in Siegen vor der christlich-socialen Partei. Wir konnten, so begann er nach einem Bericht der „Nat.-Ztg.", somit immer nach der Wahl verkünden: „Großer Sieg in Siegen". Diesmal haben wir eine Niederlage erlitten. Ich war auch in Neustettin und in Aisfeld noch aufgestellt, in diesen beiden Orten betrachtete ich aber meine Candidatur nur als Zählcandidatur. Kurz vor Auflösung des Reichstages fragten mich unsere christlich-socialen Freunde in Neustettin an: ob ich dort candidiren wolle. Ich konnte den Leuten es nicht verdenken, daß sie Herrn Ahlwardt nicht wählen wollten (Ohol), deshalb erklärte ich mich zur Annahme der Candidatur bereit, ohne mich viel um dieselbe zu kümmern. Als der conservative Gegencandidat mich fragte, ob es wahr sei, daß ich gegen ihn candidiren wolle, telegraphirte ich demselben zurück: „Nicht ernsthaft, lediglich Zählcandidat". Eigenthümlich ist es, daß die „Staatsbürger-Zeitung" ihren Lesern erzählte: ich hätte telegraphirt: „Candidatur durchaus ernsthaft". Ich habe jedenfalls ein solches Telegramm nicht abgesandt. „Hätte sich Böckel nicht gegen ihn aufstellen lassen, dann wäre er (Stöcker) gleich im ersten Wahlgange durchgekommen. Er habe von Böckel zwei Flugblätter gelesen, in denen vom Judenthum kein Wort vorgekommen, dagegen die ärgsten Aufhetzereien gegen die Conservativen, den Bund der Landwirthe und gegen die Regierung enthalten gewesen seien. Der Regierung sei von Herrn Böckel geradezu Verspiegelung falscher Thatsachen vorgeworfen. Ein solcher Antisemitismus sei in der That nicht ein Schuß Pulver werth." (Stürmischer Beifall.) Ueber den neugewählten Reichstag lasse sich noch nicht viel sagen, aber so viel stehe fest: die Militairvorlage werde entweder mit einer geringen Majorität oder durch Verminderung der Quantität der Abgeordneten angenommen werden. „Gewisse Parteien, die bei den diesmaligen Wahlen allzu schlechte Geschäfte gemacht haben, werden eine nochmalige Auflösung zu verhüten wissen." Nachdem Stöcker sich dann noch über die Niederlagen des Freisinns ausgesprochen, bemerkt er, „die Conservativen haben nicht die Aufgabe, den Freisinn vor den Consequenzen seiner Handlungsweise zu schützen. Es habe ihn (Redner) „mit einer gewissen Genugthuung erfüllt, daß der zweite Berliner Wahlkreis, das sogenannte Berliner Geheimraths-Viertel, von einem Socialdemokraten im Reichstage vertreten werde."

— Der Kaiser und die Kaiserin machten Sonnabend früh einen Spazierritt in die Umgegend des Neuen Palais. Zurückgekehrt, nahm der Kaiser die Vorträge des Chefs des Militair-Cabinets, General v. Hahnke, und des Abtheilungs-Chefs, Oberst von Lippe, entgegen und hatte eine Conferenz mit dem Reichskanzler Grafen v. Caprivi. Darauf empfing der Kaiser den Staatssecretair des Innern, den Cultusminister Bosse und den Professor Meurer zum Vortrage. Zur Mittagstafel war der General-Intendant der königlichen Schauspiele, Graf Hochberg, befohlen worden.

— Wir brachten unter Vorbehalt die Nachricht, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein beabsichtige die Herrschaft Primkenau zu verkaufen. Von competenter Seite wird jetzt der „Post" mitgetheilt, daß der Herzog gar nicht daran denkt, seine Güter zu veräußern.

— Das Staatsministerium soll sich in seiner letzten Sitzung mit der Feststellung des Schlusses der Landtagssession und mit der Thronrede beschäftigt haben.

— Das Abgeordnetenhaus wird, wie man annimmt, das Communalabgabengesetz unverändert in der Fassung des Herrenhauses annehmen, so daß damit die Steuerreformgesetzgebung zu einem glücklichen Ende geführt wäre.

— Die Verhandlungen der beiden Grenzcommissare Dr. Peters und Consul Smith haben nun im hiesigen Auswärtigen Amte begonnen. Die beiden Bevollmächtigten beraten, der „N. Pr. Ztg." zufolge, auf Grund neuer Anweisungen von Seiten ihrer Regierungen noch allein, ohne die sonst gewöhnliche Hinzuziehung von diplomatischen Vertretern.

— Durch die königliche Staatsanwaltschaft ist der von dem Kaufmann Karl Paasch gestellte Strafantrag gegen den früheren kaiserlichen Gesandten in China, von Brandt, unter der Begründung auf §. 4 des Reichsstrafgesetzbuchs abgelehnt worden. Nach §. 4 des Str.-G.-B. findet wegen im Auslande begangener Verbrechen und Vergehen in der Regel keine Verfolgung statt. Der jetzt in der Charité untergebrachte Paasch hat durch seinen Anwalt Beschwerde gegen diese Ablehnung erhoben.

— Nach einer Berechnung der „Nordd. Allg. Ztg." sind 206 Abgeordnete für, 191 gegen die Militairvorlage gewählt worden. Das würde gegen die Abstimmung vom 6. Mai eine Verschiebung von 36 Stimmen zu Gunsten der Regierung bedeuten.

— Der deutsche Botschafter von Saurma-Jeltsch ist aus Madrid hier eingetroffen.

— Der französische General-Consul in Leipzig, Champy, traf hier ein.

— Der Oberlehrer an der zweiten städtischen Realschule, Professor Dr. Hausknecht, wird sich Ende Juli nach Chicago begeben, um dort als Commissar des Ministers für Unterrichtsangelegenheiten die Weltausstellung auf pädagogischem Gebiete zu studiren.

* **Kiel**, 1. Juli. Wie verlautet, hat der Kaiser den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin zum Admiral à la suite der kaiserl. Marine ernannt.

* **Posen**, 1. Juli. Die beständige Zunahme polnischer Abgeordneten im Reichstage findet nicht überall die verdiente Aufmerksamkeit. 1867 protestirten die polnischen Abgeordneten gegen den „Gewaltact Deutschlands", die polnischen Provinzen in den norddeutschen Bund einzufügen. Dieser Stellung entsprechend haben sie stets ein der Entwickelung Deutschlands feindliches Element gebildet. Selbstverständlich waren sie im Culturkampf Genossen des Centrums. Nur in den allerletzten Jahren haben sie angefangen, sich Regierungsforderungen günstiger zu zeigen. Sie sind mehrfach für Marineforderungen eingetreten und namentlich jetzt

SLUB
Wir führen Wissen.